

Städte und Gemeinden sagen:
„Halt! So geht es nicht weiter!“



HSGB

HESSISCHER STÄDTE-
UND GEMEINDEBUND

**HSGB fordert Realitätssinn –
Leistungsgrenze der Kommunen ist überschritten!**

Notwendig sind:

- **Aufgabenkritik**
- **Priorisierung**
- **Abschaffung bürokratischer Hemmnisse**

Wie ist die Lage?

- Eine Krise jagt die andere.
- Personal, es fehlt.
- Bürokratie ohne Ende, immer mehr.
- Förderprogramme, lieber nicht.

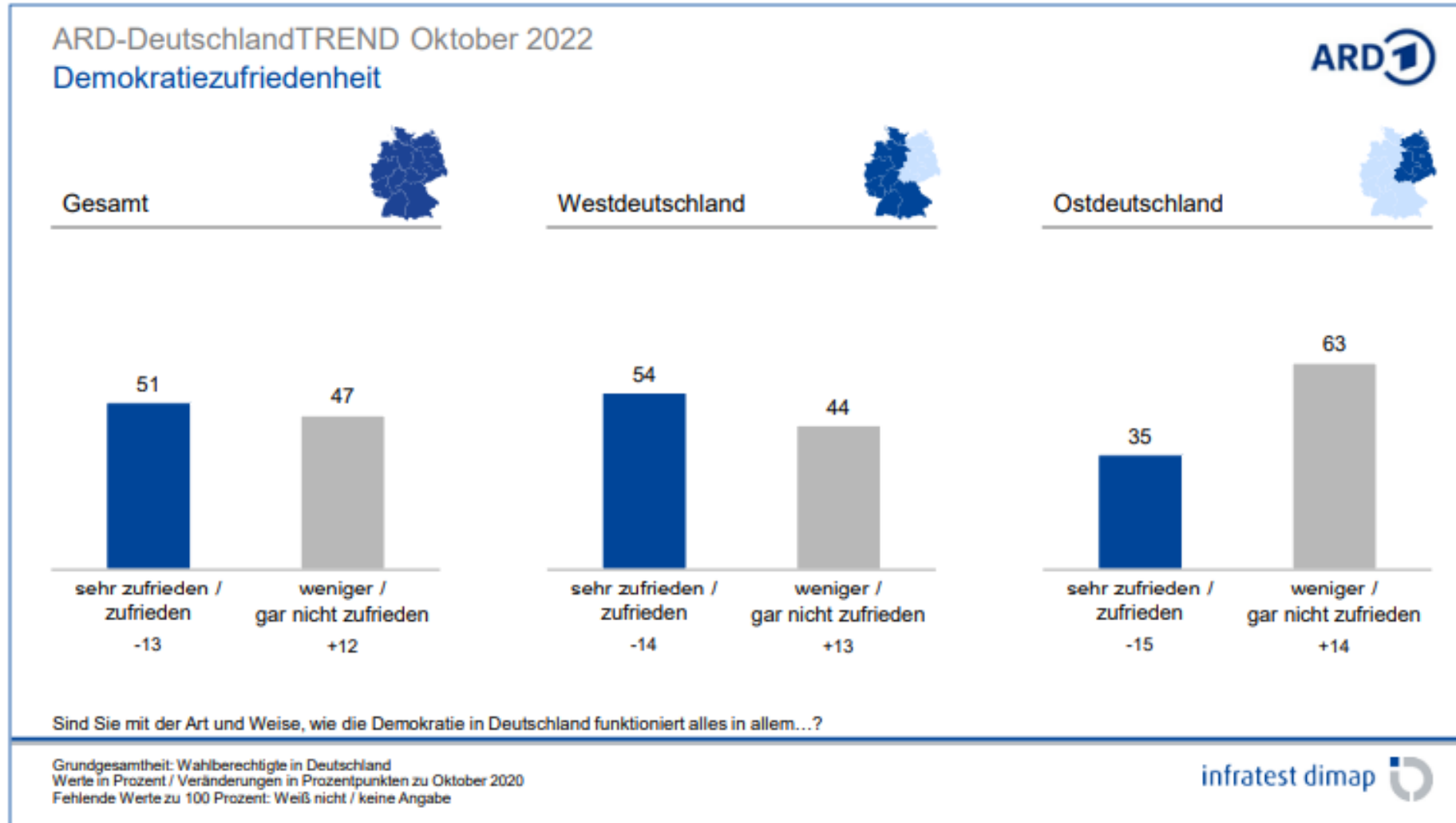


Das Maß an öffentlichen Leistungsversprechen passt schon länger nicht mehr mit dem zusammen, was die Leistungsfähigkeit hergibt, nicht nur wegen finanzieller Knappheit, sondern auch wegen personeller Ressourcen und überbordenden bürokratischen Anforderungen.

Die Menschen merken dies.



Zufriedenheit mit dem Funktionieren unserer Demokratie geht zurück



Hessische Gemeindeordnung, § 1 Abs. 1

Die Gemeinde ist die Grundlage des demokratischen Staates. Sie fördert das Wohl ihrer Einwohner in freier Selbstverwaltung durch ihre von der Bürgerschaft gewählten Organe.

Freie Selbstverwaltung?

- **Fremdbestimmte Aufgaben binden immer mehr Personal und finanzielle Mittel der Kommunen.**
- **Durch die Gesetzgebung von Bund und Land werden aber immer mehr Aufgaben zur Pflicht gemacht.**
Aktuellstes Beispiel ist hier der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung im Grundschulalter.
- **Die Anforderungen an diese Pflichtaufgaben werden auch immer weiter erhöht.**
Beispielhaft hierfür sind die mehrfach erhöhten Mindest-Personalanforderungen für den Betrieb von Kindertagesstätten zu nennen.

Zum Teil schließen die Vorgaben sogar aus, dass die Aufgaben der Kommune verlässlich und ordnungsgemäß erfüllt werden. Die staatliche Vorgabe verengt zudem die Auswahl der Instrumente, die die Kommune nutzen darf.

Hinzu treten organisatorische Vorgaben über die Benennung von Beauftragten, Dokumentations- und Verfahrensanforderungen.

Schließlich folgt dem einen Gesetz häufig auch schnell das nächste, ohne dass die Wirkungen der zuvor getroffenen Vorgaben ausgewertet worden wären.



Probleme aus diesen Gegebenheiten

- Die umfangreichen Vorgaben **verengen die Handlungsspielräume der kommunalen Gremien**, die unmittelbar von der Bevölkerung gewählt werden.
- Mit der Wahl verbinden sich entsprechende **Erwartungen an die Gestaltungsfähigkeit**.
Diese können die haupt- und ehrenamtlich in Politik und Verwaltung Tätigen vor Ort immer weniger erfüllen.

Wer die Verantwortung für was trägt, wird immer unklarer.



Probleme aus diesen Gegebenheiten

- Die Entscheidungsmöglichkeiten vor Ort schrumpfen.
Das hat vielfältige negative Folgen.

So können immer weniger Menschen gewonnen werden, vor Ort Verantwortung zu übernehmen.

- Mit der Vorgabe von Zielen und Instrumenten verhindern Bundes- und Landespolitik zudem viele Innovationen.
- Gerade aus der örtlichen Lösungssuche würden vielfältige, unterschiedliche Lösungen resultieren, bei denen sich im Zeitverlauf die bewährteren in einer wachsenden Zahl von Kommunen herumsprechen und durchsetzen könnten.



Präsident Matthias Baaß, Viernheim

*Liebe Politiker in Bund und Land,
liebe Verantwortliche auf Bundes- und Landesebene,
wir wollen mit Euch zusammen, zusammen auch mit unseren
Bürgerinnen und Bürgern, die Zukunft gestalten! Gerne!*

*Aber so geht es nicht mehr weiter,
**die haupt- und ehrenamtlichen Kommunalpolitiker gehen uns
von Bord, wenn wir nichts ändern.***

Dies ist ein sehr sehr wichtiger Appell, ein Hilferuf:

***Setzt Euch mit uns zusammen –
wir müssen Grundlegendes ändern!***

Was wir brauchen!

Eine **grundlegende** Verwaltungsreform mit **massivem Abbau von Bürokratie, Depriorisierung von Aufgaben** und einem simplen Versprechen:

Der Staat muss der kommunalen Selbstverwaltung wieder vertrauen!

Bund & Land müssen den Kommunen vertrauen und sie wieder in die Lage versetzen, sich selbst zu verwalten.

„Die Gemeinden sind der eigentliche Ort der Wahrheit, weil sie der Ort der Wirklichkeit sind.“

(Hermann Schmitt-Vockenhausen)

Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit!